

Netanyahu ante portas
Bemerkungen im Vorfeld der deutsch-israelischen
Regierungskonsultationen am 18. Januar 2010
in Berlin – mit Bemerkungen zur deutschen und
europäischen Nahostpolitik von Karsten D. Voigt
am 07. Januar 2010

von Reiner Bernstein

Am 18. Januar 2010 wird in Berlin die im November 2009 verschobene zweite Konsultationsrunde der Regierungen Israels und der Bundesrepublik Deutschland stattfinden. Sie wird in weiten Kreisen der politischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik mit skeptischer Spannung erwartet. Israels Verhandlungen mit der Palästinensischen Autonomiebehörde liegen endgültig auf Eis, und in der Bundesrepublik hat mit dem Regierungswechsel von Schwarz-Rot zu Schwarz-Gelb im Auswärtigen Amt ein personeller Wechsel stattgefunden. Der neue Außenminister am Werderschen Markt Guido Westerwelle hat zwar für seine Amtsführung weitgehende politische Kontinuität angekündigt, doch gibt diese Erklärung, wenn sie auch für den Nahen Osten gelten sollte, eher zur Beunruhigung Anlass. Denn die Einsätze für die deutsche Nahostpolitik der Zukunft sind aufgrund der Herausforderungen vor Ort und durch die Aufforderungen Barack Obamas im Frühsommer 2009 gewachsen, „im Tandem mit Europa, Russland [und] allen Staaten der Region“ die Politik Israels zu einer grundlegenden Änderung ihrer Beziehungen zu den Palästinensern zu veranlassen. Obamas Ermutigung ist Anfang Januar 2010 mit dem Ziel wiederholt worden, dass das internationale „Quartett“ eine gemeinsame Absichtserklärung in diesem Sinne beschließen solle.

Der Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit der schwarz-roten Koalitionsregierung im Auswärtigen Am, Karsten D. Voigt hat zu den begrenzten Möglichkeiten der deutschen und europäischen Nahostpolitik Stellung genommen, die wir anschließend dokumentieren.

I. Israels Politik der Bewahrung des politischen Status quo und seiner gezielten territorialen Erweiterung

Seit den späten 1960er Jahren beharrt Israel immer nachdrücklicher auf der These, dass Volk und Staat gültige Territorialansprüche in der Westbank und im arabischen Teil Jerusalems besitzen, die nicht nur auf historischen Bezügen und religiösen Bindungen an das Land – der „Souveränität des Allmächtigen“ – sowie auf Sicherheitsbedürfnissen gründen, sondern auch auf der Einschätzung, dass die im Junikrieg 1967 besetzten Territorien nie unter der international anerkannten Souveränität eines anderen Staates gestanden hätten. Nach der willkürlichen Teilung des Mandatsgebietes Palästina 1922 seien die jordanischen Annexionen der Westbank und Ost-Jerusalems vom April 1950 mit der Teilnahme des Haschemitischen Königreichs am Sechstagekrieg erloschen. Diese Theorie von der Westbank als einer „terra nullius“ hat der Völkerrechtler Yehuda Z. Blum begründet und daraus Israels künftige Titularansprüche abgeleitet, bevor sie von anderen Rechtsgelehrten und Diplomaten aufgenommen und weiterentwickelt wurden¹. Heute gehören sie zur israelischen Staatsräson.

Dass Israel rund sechzig Prozent der Westbank direkt kontrolliert, kann nicht allein mit legitimen Sicherheitsbelangen erklärt werden. Vor allem eine Theologie, die unter dem Namen „Yeshiva-Nationalismus“ bekannt geworden ist, liefert für die territoriale Expansion über die ehemalige Waffenstillstandsgrenze von 1949 hinaus die entscheidenden Stichworte. Mit dem Niedergang des

moderat säkularen Arbeiterzionismus, gipfelnd im Regierungsantritt Menachem Begin, hat sich mit der theologischen Triade „Volk – Land – Torah“ eine „Doktrin der materialistischen Errettung“ (Yoram Hazony) durchgesetzt. Unter ihrem Dach sind seit 1967 rund 25 Prozent der Westbank zu israelischem Staatsland erklärt und nicht weniger als 35 Prozent der Fläche im Osten Jerusalems für den Bau jüdischer Siedlungen und Wohneinheiten enteignet worden. Die dafür verantwortliche Politik zeigt sich von internationalen Protesten unbeeindruckt.

Der im Westen gängigen Auffassung, dass Benjamin Netanyahu aufgrund der Zusammensetzung seines Kabinetts für eine durchgreifende Friedensregelung zu schwach sei, hat der Ministerpräsident selbst durch Schaffung von „facts on the ground“ widersprochen. Dabei sind es keineswegs nur militante Siedler und ihre Helfershelfer im Parlament und in der Bürokratie, die alle territorialen Kompromisse in der Westbank zu verhindern wissen und in Ost-Jerusalem mit Hilfe der Polizei palästinensische Bewohner aus ihren Häusern durch Verweis auf jüdische Eigentumstitel vertreiben.

Übernehme man diese Argumentation, wäre schnell die Frage nach den Eigentumstiteln jener rund 750.000 Araber aufgeworfen, die im Zuge der Staatsgründung Israels 1947/48 und später ihre Häuser verloren. Der an der Hebräischen Universität in Jerusalem lehrende Zeev Sternhell hat im Blick auf alte jüdische Eigentumstitel in Ost-Jerusalem dieses Problem noch einmal aufgegriffen und die Frage gestellt, wie lange es möglich sein werde, auf einer Situation zu beharren, in der Juden das Recht auf den Anspruch auf jüdisches Eigentum auf der Ostseite der einstigen Grünen Linie reklamieren können, während es den Arabern verboten sei, Rechte auf ihr Eigentum geltend zu machen, das sie einst auf der westlichen Seite zurückgelassen haben².

Der Anfang November 2009 vorgetragene Plan des früheren Generalstabschefs und Verteidigungsministers Shaul Mofaz, in sechzig Prozent der Westbank einen vorläufigen Staat Palästina zuzugestehen, ist chancenlos. Der Blick in die Leserbriefspalten der Tageszeitungen ist eindeutig: Den Kräften der „elastischen Geographie“ (Eyal Weizman) ist es gelungen, die demokratische Substanz der israelischen Gesellschaft auszuhöhlen. Der ehemalige Präsident der Knesset, Avraham Burg, hat zu Recht eine „Entführung der israelischen Gesellschaft“ aus dem Rahmenwerk universeller Normen kritisiert. Schon vor mehr als zwei Jahrzehnten beklagte der Jerusalemer Politologe Ehud Sprinzak Israels „Eliten-Illegalismus“. Das Vorgehen des Militärs im Gaza-Krieg und die offiziellen Reaktionen auf den „Goldstone Report“ bieten beredte Beispiele.

Die von Seiten der Regierung periodisch ins Spiel gebrachten Überlegungen zur „Syria first“-Strategie sind – wie der Hinweis auf die Beunruhigung durch das iranische Atomwaffenprogramm und daraus resultierende und ernst zu nehmende Existenzängste in der israelischen Öffentlichkeit – kaum mehr denn als ein amtliches Ablenkungsmanöver von der palästinensischen Karte zu verstehen. Gleiches gilt für einen der Knesset vorliegenden Gesetzentwurf, womit die Regierung verpflichtet werden soll, keinen Vertrag mit den Palästinensern zu unterschreiben, solange die Restitutionsrechte der jüdischen Einwanderer aus den arabischen Staaten in den 1950er und 1960er Jahren nicht geregelt seien. Die rund 7000 Siedler auf den Golanhöhen blicken gelassen einem Referendum entgegen, das alle Regierungen seit den 1990er Jahren vor territorialen Entscheidungen zugesagt haben. Sein Ausgang steht fest.

II. Zur Dialektik zwischen zionistischem und palästinensischem Nationalismus

Mit der Abtrennung des Gazastreifens von der Westbank im Sommer 2006 ist Hamas mit ihrer Synthese aus starren Interpretationen kor'anischer Texte und nationalistischen Traditionen, die bereits in der britischen Mandatszeit angelegt waren, zur ideologisch etablierten Kraft in der palästinensischen Bevölkerung aufgestiegen. Aus eigenem Recht lehnt die Islamische Widerstandsbewegung die Anerkennung des Gegners sowie die Akzeptanz früherer Vereinbarungen zwischen Israel und der Autonomiebehörde und den Verzicht auf Gewalt ab, solange sich auch die israelische Politik nicht daran gebunden fühlt.

Damit nimmt Hamas prinzipiell in Kauf, dass die Fortdauer der Konfrontation mit ihrer Rivalin, der politisch zerrissenen und organisatorisch schwachen Fatah, den Anspruch auf nationale Unabhängigkeit in den Gebieten jenseits der Grünen Linien von 1967 konterkariert und in westlichen Regierungskreisen den Eindruck mangelnder Staatsreife begünstigt. Die Schwäche von Machmud Abbas ist jedoch in erster Linie nicht innerpalästinensischen Feindbildern, sondern vor allem der fehlenden Bereitschaft Israels zuzuschreiben, den Präsidenten durch Verbindlichkeiten zu stärken, die seiner politischen Autorität zugute kämen. Bis dahin bleiben internationale Hilfsmaßnahmen zur Institutionen-Bildung auf Gedeih und Verderb von israelischen Entscheidungen abhängig. In einem Satz zusammengefasst: Das Prinzip „Sicherheit für Israel, humanitäre Hilfe für die Palästinenser“ ist gescheitert.

Dennoch ist das Einschwenken von Hamas auf einen pragmatischen Kurs wahrscheinlicher als die Auflösung einer einzigen jüdischen Siedlung in den palästinensischen Gebieten. Wer die extremistische Rhetorik des für die Außenkontakte der Gaza-Regierung zuständigen Machmud al-Zahhar ablehnt, darf zu Avigdor Lieberman nicht schweigen. Die hohen Zustimmungsraten für Hamas hier und für die Regierung Netanyahus dort springen mehr als deutlich ins

Auge. Gleiches gilt für die Spiegelbildlichkeit extrem-ideologischer Standpunkte.

III. Herausforderungen für die künftige Nahostpolitik

Kein Volk könne die globalen Probleme allein bewältigen, hat Hillary Clinton im Juli 2009 im kritischen Rückblick auf die Präsidentschaftsära von George W. Bush erklärt. Schon aus Gründen der transatlantischen Partnerschaft müssen Deutschland und die Europäische Union daran interessiert sein, das friedenspolitische Testat der US-Administration im Nahen Osten mittels eigener Initiativen mit Entschiedenheit zu ergänzen und gegebenenfalls zu stärken. Wenn das State Department seine Überzeugung jüngst bekräftigt hat, „dass der beste Weg der ist, das gemeinsame Ziel eines zusammenhängenden und lebensfähigen Palästinas durch Verhandlungen der Parteien zu erreichen“, so wird in Washington das tiefe Machtgefälle vor Ort³ verkannt. Das Scheitern der bisherigen Verhandlungen reflektiert weit mehr als eine umstandsbedingte Sackgasse: Es stellt das bisherige Format und die Relevanz der Verhandlungen selbst in Frage.

Die künftige Rolle Europas im Nahen Osten wird wesentlich davon abhängen, welches politische Gewicht und welches persönliche Profil die künftige gemeinsame „Außenministerin“ im Viereck zwischen der Europäischen Kommission, der wechselnden Präsidentschaft im Europäischen Rat, des Europäischen Parlaments und der nationalen Eigeninteressen entwickeln kann. Ob die Wahl von Catherine Ashton zur hauptamtlichen Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik durch die Staats- und Regierungschefs auf dem eilig anberaumten Sondergipfel am 19. November 2009 in Brüssel eine gute Entscheidung war, muss sich noch herausstellen, Zweifel sind angebracht. Denn der über Nacht gefällte „Kompromiss alter Schule“ (Andreas Ross) ist kein gutes Omen für die Nahost-

Diplomatie im „sehr vielfältigen Gebilde“ Europas (Angela Merkel). Günter Verheugen hätte sich für das Amt des Außenministers – der nicht so genannt werden darf – mehr Kompetenzen gewünscht: Im Nahostkonflikt sei die Rolle Europas „gleich null, aus dem einfachen Grund, weil wir nicht zur Sicherheitsarchitektur beitragen können. Die europäische Außen- und Sicherheitspolitik braucht auch entsprechende Machtinstrumente⁴.“

Ob die Frau Ashton zugeschriebenen Eigenschaften des Feingefühls, der Vermittlungsfähigkeit und des politischen Gespürs ausreichen, ist ebenfalls eine offene Frage wie die, ob ihr eigenes Markenzeichen der „stillen Diplomatie“ weiterhelfen wird; alle Erfahrungen sprechen dagegen. Ein guter Start des neuen europäischen Führungsduos Rompuy-Ashton sieht anders aus – und stellt die deutsche Politik mehr denn je vor die Entscheidung, ob sie die traditionelle Zurückhaltung fortsetzen will, die sich aufs Bedauern der israelischen Siedlungspolitik beschränkt hat.

Denn nachdem alle bisherigen Regelungsbemühungen an der Unebenbürtigkeit zwischen Israel und den Palästinensern ergebnislos geblieben sind – es sei denn die Stärkung der israelischen Position durch Zeitgewinn würde als Erfolg gewertet werden –, muss die Bundesregierung um der eigenen Glaubwürdigkeit willen alle Chancen prüfen und wahrnehmen, um die Asymmetrie und die von ihr produzierte Gewalt zu überwinden. Dabei kann durchaus das deutsche Gewicht in den Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit mit der Absicht eingebracht werden, die französische Diplomatie mit ihrer nahöstlichen Vorreiterrolle nicht allein zu lassen.

IV. Empfehlungen:

1. Die Europäische Union hat es nach 1993 versäumt, Gegengewichte zu der in den Osloer Vereinbarungen zementierten Unebenbürtigkeit der Palästinenser durch diplomatisches Handeln zu schaffen. Dazu hätten Bemühungen gehört, den Status der Autonomiebehörde in UN-Gremien und – was die deutsche Politik angeht – die Palästinensische Generaldelegation in Berlin analog westeuropäischen Vorbildern zur Botschaft aufzuwerten. Zwar hat die UN-Vollversammlung am 24. Oktober 1970 in Anlehnung an ihre Charta nur Staaten den Genuss umfassender souveräner Gleichheit zugemessen. Doch wie verhält sich die so konstruierte Weltgemeinschaft, wenn einem Volk, dem der Anspruch auf einen eigenen Staat international zugesprochen worden ist, dieses Recht von einem Staat dieser Weltgemeinschaft vorenthalten wird und er aus eigener Machtvollkommenheit kontinuierlich in Rechte des anderen Volkes verletzt? Zeigt sich die Völkerrechtsordnung ohnmächtig, für die von ihr proklamierte Rechtsgleichheit und für die Achtung der daraus abgeleiteten grundlegenden Menschenrechte zu sorgen, obwohl und nachdem sich der Souveränitätsbegriff als wandlungs- und anpassungsfähig erwiesen habe⁵? Anders gefragt: Wird im Nahostkonflikt die Völkerrechtsordnung mit ihrem differenzierten Gewaltverbot in Artikel 2 der UN-Charta durch ein als höher bewertetes *politisches* Gut, die historisch begründete Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen, außer Kraft gesetzt und durch umfängliche Leistungen und Maßnahmen der Zusammenarbeit austariert, die der durch die Völkerrechtsordnung nicht gewürdigten Palästinensischen Autonomiebehörde zugute kommen?
2. Die Gestaltung der deutschen Beziehungen zu den nahöstlichen Partnern ist an unzweifelhafte Fortschritte im diplomatischen Verhandlungsprozess zu koppeln: Dieser muss vom Ergebnis her definiert werden (Werner Hoyer). Eine solche Vorgabe schließt Stufenpläne und Bemühungen um ein Krisenmanagement – beides im Sinne einer „conflict transformation strategy“ – nicht aus,

solange der Horizont eines Friedensvertrages fest im Blick behalten wird. Bis dahin täuscht die allgegenwärtige Bezeichnung „Palästina“ eine nationale Normalität des palästinensischen Volkes vor.

3. In großen Teilen der israelischen Öffentlichkeit ist die Bereitschaft erkennbar, Gespräche mit Hamas aufzunehmen. In der Islamischen Widerstandsbewegung sind seit langem Tendenzen einer Neubewertung ihrer Rolle im Gange, die auf den Abschied von extremistischen Positionen hindeuten. Wenn ihnen bislang der Durchbruch missglückt ist, hängt dies auch mit der Politik Israels zusammen. Deshalb sollte der Bundesregierung bewusst sein, dass sie mit Taktiken, Hamas zu marginalisieren, vornehmlich das israelische Kabinett stützt und zum anderen angesichts der politischen Entkräftung im Fatah-Lager ein Machtvakuum in allen Teilen der palästinensischen Gebiete gewärtigen muss. Wenn die Politik Jerusalems ein solches Vakuum zur Durchsetzung eigener Interessen ausnutzt, bleibt der Staat Israel in arabischen Wahrnehmungen ein politischer und kultureller Fremdkörper in der Region, der durch Deklamationen der deutschen Staatsräson nicht neutralisiert oder gar geheilt werden kann.
4. Die europäische und die deutsche Politik sollten dazu veranlasst werden, der Diplomatie mit der Maxime „Sicherheit durch Frieden“ stärkeres Gewicht beizumessen, als die Formel „Frieden durch Sicherheit“ weiter zu verfolgen: Sie ist gescheitert. Der seit Ariel Sharon gängige Slogan „Was nicht mit Gewalt geht, geht mit mehr Gewalt“ hat sich im Gaza-Krieg katastrophal ausgewirkt. Die Qualität der israelischen und der palästinensischen Sicherheit ist ineinander verwoben, weil beide Völker nur gemeinsam in jeweils nationaler Unabhängigkeit eine Zukunft in Frieden und Freiheit haben werden.
5. Die israelische Politik muss mit Nachdruck dazu veranlasst werden, einen Friedensplan vorzulegen, der diesen Namen

verdient, statt regelmäßig die Erfüllung von Voraussetzungen zu verlangen und dennoch zu behaupten, ohne Vorbedingungen zur Aufnahme neuer Verhandlungen bereit zu sein. Die deutsche Verpflichtung gegenüber dem Staat Israel nach der Shoah ist eine Binsenwahrheit, kann aber allein aufgrund des tiefen Strukturwandels im zionistischen Selbstverständnis – von einer nationalen Befreiungsbewegung zu einer Bewegung zur Befreiung von Bäumen, Steinen und schönen Tälern (Shlomo Avineri) – nur um den Preis der eigenen politischen Marginalisierung einen Berliner Verzicht auf friedenspolitische Entscheidungen begründen. Denn der Staat Israel wurde 1967 neu geschaffen: 1948 stand seine Gründung unter dem Memento der Shoah, mit dem Junikrieg jedoch setzte die „Rückkehr in die Heimat“ ein. Eine prominente israelische Erziehungswissenschaftlerin hat darauf aufmerksam gemacht, dass der Einfluss der biblischen Landverheißung für die säkulare Bevölkerung über allen anderen Rechten stehe, Eigentümerin des Landes Israel zu sein⁶.

Es gibt keinen Grund, dass die Bundesregierung als starker Handelspartner Israels und unter dem Gesichtspunkt der Achtung menschenrechtlicher Standards für die palästinensische Bevölkerung auf die kritische Nachprüfung aller Vereinbarungen seit dem Assoziierungsvertrag in den frühen 1990er Jahren verzichtet. Dabei ist gegebenenfalls auf die vorgesehenen Sanktionsmechanismen zurückzugreifen, wie sie selbstverständlich gegenüber anderen Staaten im Falle von Vertragsverletzungen angewendet werden. Wie bei deren Menschenrechtsverletzungen gibt es keinen Grund, auf humanitäre Interventionen zu verzichten.

6. Dem Staat Israel muss klar sein, dass er nicht auf die hohen Finanztransfers aus Europa für die Autonomiebehörde bauen kann, falls das palästinensische Regierungs- und Verwaltungssystem unter der Last der Besatzung zusammenbricht und Israel erneut die volle Verantwortung für die Westbank

übernehmen würde. Amr Moussa, Generalsekretär der Arabischen Liga, hat Europa jüngst dazu aufgefordert, sich nicht länger allein auf die Scheckbuch-Diplomatie zu verlassen⁷ – ein Appell, der längst in politischen Kreisen der Palästinenser die Runde macht.

7. Im Schulterschluss zwischen Bundesregierung und Bundestag sollten israelische und palästinensische Politiker, Wissenschaftler, Intellektuelle und Menschenrechtsaktivisten nach Berlin eingeladen werden, die über ihre laufende Arbeit und über strategische Alternativen zum drohenden endgültigen Scheitern einer belastbaren Friedensregelung Auskunft geben können⁸. Dazu gehören Föderations-, Konföderations- und Kantonalmodelle. Nach einem entsprechenden Vorschlag des palästinensischen Ministerpräsidenten Salam Fayyad im Sommer 2009 mehren sich auch in Israel jene Stimme, die jener Gruppe, die auf der Erfüllung des biblischen Gebots des Lebens in Judäa und Samaria, die Option empfehlen, als loyale Bürger im Staat Palästina zu wohnen⁹ – wie jene arabischen Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft. Ohne Umschweife hat ein Kreis von israelischen und palästinensischen Privatpersonen, die heute überwiegend in den USA leben, in Zusammenarbeit mit anderen Interessierten Ende 2009 den Text einer „Constitution of the Israeli Palestinian Confederation“ vorgelegt¹⁰. Mag man auch über Widersprüche und Unklarheiten lächeln, die durch manche Detailversessenheit im vorgeschlagenen Regelwerk noch verstärkt werden, so lassen sich die Verfasser von der Überzeugung leiten, dass sich die Zweistaatenregelung der Chancenlosigkeit nähert. Von ganz anderer politischer Qualität hingegen ist der Vorschlag von Moshe Ya'alon, dem Minister für strategische Angelegenheiten und engen Berater Netanyahus, der am Vorabend des 62. Unabhängigkeitstages vorschlug, dass im Falle eines Staates Palästina Juden in „Judäa und Samaria“ unter israelischer Souveränität bleiben könnten wie arabische Palästinenser in Israel¹¹. Keine Frage, dass Ya'alon für diese über 1,2 Millionen

zählende Bevölkerungsgruppe das Recht auf doppelte nationale Loyalität von Grund auf ablehnt.

8. Die arabischen Staaten sollten zu einem stärkeren diplomatisch-operativen Engagement aufgefordert werden, denn unter ihren Hauptstädten macht sich Überdruß breit. Zwar ist die Arabische Friedensinitiative von 2002 ein wichtiger Anfangsschritt, lässt aber viele Spielräume offen und versteift sich auf das Desiderat der 1967er Grenzen für den Staat Palästina, das realpolitisch überholt ist.
9. Die deutsche Politik sollte nicht länger die dramatische Zuspitzung der jüdisch-arabischen Beziehungen in Israel übersehen. Der Abbau der sich verschärfenden Spannungen entscheidet über die künftige Qualität eines israelisch-palästinensischen Friedens.
10. Der Auffassung ist zuzustimmen, dass politische Führung nicht bedeutet, der öffentlichen Meinung kritiklos hinterherzulaufen. Dennoch darf die Bundesregierung den dramatischen Verfall ihrer Autorität im Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt nicht ignorieren, deren Erosion längst auf die deutschen Medien übergegriffen hat, die mit hochkompetenten Korrespondenten im Nahen Osten vertreten sind.
11. Eine kohärente deutsche Nahostpolitik sollte darauf bedacht sein, die Profilierungs- und Abgrenzungsbedürfnisse zwischen den Bundesministerien abzubauen.

Deutschen Staatsleuten sei zu empfehlen, nicht erst dann auf einen Kurs des politischen Realismus einzuschwenken, wenn sie aus ihren Regierungsämtern ausgeschieden sind. Was die „Süddeutsche Zeitung“ für die Diskussion um den deutschen Einsatz in Afghanistan verlangt hat, sollte auch für den Nahostkonflikt gelten: „Alle Beteiligten sollten es nun mal mit Ehrlichkeit versuchen¹².“ Den Mitgliedern des Bundestages sei außerdem nachdrücklich

empfohlen, jüdische und islamische Theologie zu lernen – der verborgenen Dimension des politischen Friedens¹³. Die israelisch-palästinensische Konfrontation hat längst die Qualität eines Territorialkonflikts hinter sich gelassen.

¹ Blum, Yehuda Z.: The Missing Reversioner: Reflections on the Status of Judea and Samaria, in „Israel Law Review“ 3(1968), S. 279-301.

² Zeev Sternhell: Israeli actions are turning Jerusalem into a settlement, in „Haaretz“ 16.04.2010.

³ Die israelische Politik hat seit der Ära Yitzhak Rabins sorgfältig darauf geachtet, dass aus den Osloer Vereinbarungen („Agreements“) keine völkerrechtlich verbindlichen Verträge („Treaties“) entstehen. Dementsprechend hat Rabin bei der Vorlage der Prinzipienklärung in der Knesset am 06. Oktober 1993 zugesagt, den Palästinensern keinen eigenen Staat zuzugestehen.

⁴ „Europa muss viel mächtiger werden“ (Interview), in SZ 09.02.2010, S. 7.

⁵ Bardo Fassbender: Die souveräne Gleichheit der Staaten – ein angefochtenes Grundprinzip des Völkerrechts, in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ B 43/2004 vom 18.10.2004, S. 7 ff.

⁶ Rachel Elboim-Dror: God's promise of land to Jews has deep pull on secular Israelis, in „Haaretz“ 27.11.2009.

⁷ „Europe Shouldn't Rely on Chequebook Diplomacy“, Interview mit Amr Moussa in „Quantara“, November 2009.

⁸ Im März 2009 reichte die israelische Menschenrechtsorganisation „Yesh Din (Es gibt ein Recht)“ – sie unterstützt vor allem Palästinenser, die sich gegen Übergriffe von Siedlern zur Wehr setzen – Klage beim Obersten Gericht ein, um den Stopp des Abbaus in den Steinbrüchen und Kiesgruben bei Nahal Raba (Westbank) zu erreichen, der von einer Tochtergesellschaft von „HeidelbergCement“, der „Hanson Israel“, betrieben wird. „HeidelbergCement“ ist eine der weltweit größten Hersteller von Baumaterialien, seine Tochtergesellschaft betreibt außerdem zwei Betonwerke in den Siedlungen Modiin Illit und Atarot sowie ein Asphalt-Werk in der Nähe von Elkana. Im Mai 2008 appellierten zwanzig israelische Organisationen an fünfzehn europäische Unternehmen, darunter „HeidelbergCement“, ihre Investitionen in Israel zurückzuziehen. Im Mai 2009 ordnete das Oberste Gericht das Einfrieren des Abbaus an, woraufhin das Justizministerium um einen Aufschub des Anordnungsvollzugs bat, um die rechtliche Situation zu prüfen. Ruth Kedar schildert in ihrem Beitrag „Yesh Din – Freiwillige für Menschenrechte“ („Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte“ 7-8/2008, S. 42 ff.) die Arbeit ihrer Gruppe. Darin betont sie, dass sie seit dem Ausbruch der zweiten Intifada „aus tiefer Liebe zu Israel [und] besorgt um die Zukunft des Landes, seiner Integrität und seiner moralischen Grundlagen“ handele, weil die „anhaltende Gewaltanwendung israelischer Siedler gegen Palästinenser – die Errichtung von Zugangssperren, Vergiftung von Brunnen, das Entwurzeln von Bäumen, körperliche Angriffe und Morde – (...) unter der Kontrolle der IDF [„Israel Defense Forces“] und unter kompletter Missachtung von Recht und Ordnung durchgeführt“ werde. Die Autorin beschließt ihren Bericht mit der Überzeugung: „Eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts liegt auch an den Politikern, in Europa und den USA.“

⁹ So jüngst Alexander Jakobson: Settlers can stay, but only as citizens of Palestine, in „Haaretz“ 01.01.2010. In dem Beitrag von Gershon Baskin „Negotiating about negotiation“ („The Jerusalem Post“ 10.12.2009) macht der Kodirektor des „Israel/Palestine Center for Research and Information (IPCRI)“

darauf aufmerksam, dass nach einem israelischen Rückzug eine „gesetzestreue jüdische Minderheit im palästinensischen Staat“ bleiben dürfte und dass dies eine gute Entwicklung wäre.

¹⁰ www.ipconfederation.org/constitution-english.htm.

¹¹ Herb Keinon: „No need to remove any settlements‘ (Interview with Moshe Ya‘alon), in „The Jerusalem Post“ 16.04.2010.

¹² Nico Fried: Die Lügen des Krieges, in SZ 27.11.2009, S. 4.

¹³ Dazu mein Buch „Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten“ (Berlin 2000).

Nach Übermittlung des Artikels an das Berliner Auswärtige Amt Anfang November 2009 hatte ich Gelegenheit, die Thesen mit Karsten D. Voigt zu diskutieren. Voigt war bis zum Regierungswechsel im Herbst 2009 der Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt. Die Veröffentlichung seiner Bemerkungen vom 07. Januar 2010 zum Nahostkonflikt geschieht mit seiner Zustimmung.

Lieber Reiner,

Du beschäftigst Dich viel intensiver als ich mit dem Nahost-Konflikt. Trotzdem sind meine Kenntnisse ausreichend genug, um pessimistisch zu sein. Inhaltlich sympathisiere ich ebenso wie Du mit den friedenspolitischen Vorstellungen von Meretz. Sie vertritt in Israel aber nur einen kleinen Teil der Bevölkerung. Und hierfür gibt es auch gute Gründe, denn auf der palästinensischen Seite sind die Anhänger eines wirklichen Friedens mit dem jüdischen Staat Israel in den letzten Jahren eher schwächer geworden.

Man kann aber in der Region keinen stabilen Frieden gegen die Mehrheit der Israelis und der Palästinenser erzwingen. Hierzu reicht nicht einmal die Macht Obamas, geschweige der Einfluss der EU oder gar Deutschlands aus.

Prinzipiell sind seit Jahren die ungefähren Rahmenbedingungen eines einigermaßen realistischen israelisch-palästinensischen

Kompromisses bekannt. Die Bereitschaft und das erforderliche Vertrauen, einen solchen Kompromiss zu vereinbaren, sich an ihn praktisch zu halten und als dauerhafte Grundlage der Beziehungen zu akzeptieren, bestehen nicht. Deshalb wird es auf absehbare Zeit auch keinen dauerhaften Frieden geben. Vielleicht und hoffentlich kann es einen Interessenausgleich mit Syrien geben. Das könnte positive Auswirkungen auf die Lage im Libanon und die israelisch-libanesischen Beziehungen haben.

Ich bin gegen die israelische Siedlungspolitik. Sie kann durch internationalen Druck – insbesondere der USA – begrenzt, jedoch nicht gestoppt werden. Die Mehrheit der Israelis sieht Ost-Jerusalem als Teil eines vereinigten Gesamt-Jerusalems an, dass auch im Ostteil schrittweise immer mehr von jüdischen Siedlern dominiert wird. Um dieses Ziel zu erreichen, nimmt man in der Altstadt nicht nur Konflikte mit den Palästinensern und islamischen Einrichtungen, sondern auch mit dem Vatikan und christlichen Repräsentanten in Kauf. Israel ist zur Zeit die stärkste Militärmacht der Region. Trotz dieser militärischen Überlegenheit ist Israel durch die Feindseligkeit mehrerer Nachbarn, durch Terrorakte und eine Politik der Verweigerung der formellen Anerkennung des jüdischen Staates durch mehrere Mächte in der Region prinzipiell weiterhin gefährdet. Diese sicherheitspolitischen Probleme Israels können durch diese Siedlungspolitik nicht gelöst werden.

Die Siedlungspolitik und die Besatzungspolitik hinterlassen Spuren in der israelischen Innenpolitik, die meiner Meinung nach den Intentionen der Gründergeneration des Staates Israel widersprechen. Würde ich in Israel als Deutscher glaubwürdig und politisch wirksam für die von mir so interpretierten Ideale der Gründer des Staates Israel werben können: Meine Antwort wäre ein klares „Nein“.

Auf der anderen Seite: Nicht nur Hamas, sondern auch die Mehrheit der zahlreichen Palästinenser, die hier in meinem Stadtteil Berlin-Moabit wohnen und die überwiegend der Fatah zuneigen, haben – wenn ich mit ihnen spreche – das eine Ziel eines einheitlichen Palästinas ohne einen jüdischen Staat Israel letztlich nicht aufgegeben. Vereinbarungen mit Israel verstehen sie letztlich als nur Waffenstillstände auf dem Weg zu diesem Ziel. Wenn ich mit diesen Palästinensern rede, verstehe ich das Misstrauen auf israelischer Seite.

Aus all diesen und vielen Gründen mehr kann es auf absehbare Zeit Schritte zur Regelung und Einhegung des Konfliktes und vielleicht sogar auch Teillösungen, nicht aber eine wirklich stabile dauerhafte Friedenslösung für den Nahen Osten geben. Es wird – wie in der Vergangenheit – auch in Zukunft Pläne für einen umfassenden Frieden geben. Dass diese eine realistische Perspektive auf Umsetzung in einer absehbaren Zukunft haben, daran glaube ich nicht.

Ich glaube auch, dass sich die positiven Erfahrungen der deutschen Versöhnungspolitik gegenüber Osteuropa bestenfalls in einzelnen Elementen, nicht aber als Gesamtkonzept auf den Nahen Osten übertragen lassen. Zum Beispiel müssten dann die Palästinenser auf die Rückkehr der Flüchtlinge verzichten und diese in ihre jeweiligen arabischen Gast-Staaten als gleichberechtigte Staatsbürger integrieren, so wie Deutschland dies nach dem 2. Weltkrieg mit den Flüchtlingen und Heimatvertriebenen gemacht hat. Die Bereitschaft, die palästinensischen Flüchtlinge als gleichberechtigte Staatsbürger in die arabischen Gastländer zu integrieren und die Flüchtlingslager schrittweise aufzulösen, ist bei den Nachbarstaaten Israels bisher sehr begrenzt.

Ich bin dafür, dass deutsche Politik mit den begrenzten Mitteln, die sie hat – und dies auch nur mit einem durch die realen im Nahen

Osten herrschenden Bedingungen –, begrenzten Anspruch positiv zu wirken versucht. Wenn wir dies tun, so ist das wenig. Aber es ist besser als ein friedenspolitischer Anspruch, der an der Lage im Nahen Osten nichts ändert, uns aber vom sicheren Hort in Deutschland und Europa aus das gute Gewissen verleiht, im Bündnis mit den mit uns übereinstimmenden Minderheiten der Israelis und Palästinenser gegenüber den „uneinsichtigen“ Mehrheiten im Nahen Osten für eine „wahre Friedenspolitik“ einzutreten.

Mit den besten Grüßen,
Karsten
